



Bild: AFP/ST

Österreich: Seite 4
Steiermark:
Landtag
verkleinert



Bild: AFP

China: Seite 10
Wirtschafts-
riebe in
großer Not?



Bild: Ulf/FFO

Thema der Woche: **Kärntner Ortstafelstreit**

Historischer Konflikt beendet

Nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen wird der ewige Ortstafelstreit just unter freiheitlicher Führung beendet – sehr zum Ärgernis linker Medien & Parteien

Es ist zwar nur ein Teilaspekt des Kärntner Volksgruppenkonfliktes, aber so doch ein durchaus symbolträchtiger. Der Kärntner Ortstafelstreit, der vor allem in Kärnten, aber auch die Republik im gesamten, mehrere Jahrzehnte lang beschäftigt hat, hat dieser Tage sein Ende gefunden. Was wurde da gestritten, welche Kapriolen haben höchstrangige Politiker der Zweiten Republik – von Bruno Kreisky bis Jörg Haider – in dieser Frage geschlagen, welche aberwitzigen Standpunkte und Meinungen haben sich jahrzehntelang in verhärteten Fronten getroffen, wie sehr hat man bis zum Schlußstrich zittern müssen, daß einige unverbesserliche – vor allem in der

nationalistischen slowenischen Volksgruppe zu finden – Herrschaften eine Lösung noch verhindern könnten.

Der Erfolg, der dieser Tage gefeiert werden kann, ist vor allem den Freiheitlichen in Kärnten zu verdanken, in personam dem Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler, aber auch Staatssekretär Ostermayer, der für den Bundeskanzler die Verhandlungen geführt hat, und durchaus Fingerspitzengefühl bewiesen hat.

Ob mit der Lösung der Ortstafelfrage allerdings der Volksgruppenkonflikt beendet ist, sei dahingestellt – die bereits erwähnten Unverbesserlichen werden weiter Störfeuer in das friedliche Miteinander von Mehr- und Minderheitsbevölkerung scheißen. Nichtsdestoweniger ist das Ende des Ortstafelstreits ein historischer Fortschritt.

Trotz schwieriger Zeiten im Kärntner Abwehrkampf, in der NS-Zeit, und den Partisanenverbrechen der Nachkriegszeit waren die folgenden 1950er und 1960er Jahre weitgehend konfliktfrei. Einerseits konzentrierten sich beide Sprachgruppen in erster Linie auf den Wiederaufbau, andererseits wurden aber auch viele für die slowenischsprachige Minderheit wichtige Vorhaben umgesetzt (zahlreiche zweisprachige Kindergärten und Volksschulen, zweisprachiges Gymnasium, slowenischsprachige Radio- und Fernsehsendungen usw.). Nur das Ortstafelthema blieb weitgehend ausgespart.

Das Klima verschärfte sich erst in den 1970er Jahren; vor allem vor den 50-Jahr-Feiern zur Kärntner Volksabstimmung fanden wiederholt Aktionen gegen deutsch-

sprachige Ortstafeln statt. Teilweise wurden die deutschsprachigen Bezeichnungen überschmiert oder durch die slowenische Bezeichnung ergänzt (so zum Beispiel in Klagenfurt und Hermagor). Am 6. Juli 1972 beschloß der Nationalrat gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ, das „Bundesgesetz, mit dem Bestimmungen über die Anbringung von zweisprachigen topographischen Bezeichnungen und Aufschriften in den Gebieten Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung getroffen werden.“ Am 20. September 1972 ließ Bundeskanzler Bruno Kreisky die ersten zweisprachigen Ortstafeln aufstellen. Insgesamt sollten 205 Ortschaften zweisprachig beschildert werden. Im Laufe des sogenannten Ortstafelsturms wurden dann teilweise vor laufender Kamera und in einigen Fällen auch in Anwesenheit der Gendarmerie über ganz Südkärnten zweisprachige Aufschriften abmontiert oder zerstört. Die heftige Reaktion von Teilen der Bevölkerung führte zum Rücktritt des damaligen Landeshauptmannes Hans Sima.

Was dann folgte, war Stillstand, bis im Jahr 2004 der sogenannte Karner-Kompromiß fast seine Umsetzung fand, jedoch letztlich doch noch an parteitaktischen Spielchen zwischen SPÖ, ÖVP und Jörg Haider scheiterte. Erst im Jahr 2011 sollte es dann soweit sein: Mit einer Zweidrittelmehrheit im Nationalrat wurde dieser Tage die Aufstellung weiterer zweisprachiger Tafeln beschlossen, und das in einer Form, die wiederum zwei Drittel der Kärntner in einer Briefumfrage als eine gute befunden haben.

Mehr dazu im Blattinterview ...



Bild: ZF/ADP

Im Gespräch: Seite 14–15
LH Dörfler: Über
die Ortstafellösung



Bild: ZF/ADP

Analyse: Seite 14
J. Feldner: Ein
Kärntner Streit

VON JOSEF FELDNER

Mit dem Staatsvertrag 1955 wurde Österreich verpflichtet, in bestimmten Gebieten Kärntens zweisprachige Ortstafeln anzubringen. Als 1972 die ersten zweisprachigen Ortstafeln aufgestellt wurden, kam es zum berühmten Ortstafelsturm. Nach langen Verhandlungen wurden 1977 für 91 Orte zweisprachige Ortstafeln verordnet. Proteste dagegen gab es keine mehr. Erst als der Verfassungsgerichtshof die Mindestgrenze für zweisprachige Ortstafeln von 25 auf bis zu 10 % absenkte, flammte der Streit neuerlich auf. 2005 kam es unter maßgeblicher Beteiligung des Kärntner Heimatdienstes (KHD) zu einem Kompromiß zwischen Heimat- und Slowenenverbänden. Dennoch gelang es der Politik erst im Juli 2011, eine Ortstafellösung auf breiter Basis zu finden.

Ob das Thema damit beendet ist? Wir hoffen es!

Im Artikel 7 des Staatsvertrages vom 15. Mai 1955 wird Österreich verpflichtet, „in Verwaltungs- und Gerichtsbezirken Kärntens ... die Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur sowohl in slowenischer oder kroatischer Sprache, wie in Deutsch zu verfassen.“

Diese rein programmatische völkerrechtliche Verpflichtung läßt große Interpretationsmöglichkeiten zu und birgt damit den Keim des Streits in sich.

Dennoch waren zweisprachige Bezeichnungen und Aufschriften topographischer Natur (in der Folge kurz „Ortstafeln“ bezeichnet) bis 1970 kaum ein Thema. Erst als 1970 slowenische Studenten Ortstafeln in vielen Kärntner Orten mit der slowenischen Bezeichnung „ergänzen“, wurde nach einer gesetzlichen Lösung gesucht. Als im Sommer 1972 ein auf völlig unzulänglichen Grundlagen beruhendes Bundesgesetz mit hauchdünner Mehrheit beschlossen wurde, und sodann der betroffenen Bevölkerung in einer Nacht- und Nebelaktion in 205 Orten zweisprachige Tafeln vor die Nase gesetzt wurden, brandete der Volkszorn auf.

In den Tagen um den 10. Oktober 1972 wurden in nicht organisierten Spontanaktionen in allen diesen Orten die zweisprachigen Ortstafeln wieder entfernt. Daß mit diesen, wenn auch nicht gegen Personen gerichteten Ge-



Obmann des KHD
Dr. Josef Feldner



Bringt Ortstafellösung Ein

Kärnten steht nach langen Jahren des Zerwürfnisses endlich des Kärntner Heimatdienstes analysiert in der ZZ die histor-

waltakten, Kärntens Ansehen europaweit Schaden zugefügt wurde, war uns im Kärntner Heimatdienst von Anfang an klar. Mit einer eiligst organisierten Protestkundgebung, zu der 20.000 Menschen in die Klagenfurter Innenstadt strömten, gelang es uns, den Unmut in demokratische Bahnen zu lenken.

Ausschreitungen blieben hinkünftig aus, der weitere Vollzug des Ortstafelgesetzes wurde ausgesetzt. Es wurde eine Ortstafelkommission gebildet, die in vierjähriger Arbeit die Basis für das „Volksgruppengesetz“ 1976 für die „Ortstafelverordnung“ 1977 schuf. Darin wurde die Anzahl der zweisprachig zu beschriftenden Orte von 205 auf 91 reduziert, was letztlich auch die Zustimmung des Heimatdienstes fand. Bald danach wurden in 70 Orten zweisprachige Ortstafeln aufgestellt, die bis heute völlig unbeanstandet stehen. Bis zum „Ortstafelerkenntnis“ des VfGH waren zweisprachige Ortstafeln ein Vierteljahrhundert hindurch kein Streitthema.

Ab dem Jahr 2000 machte der radikale „Rat der Kärntner Slowenen“

(„Rat“) zweisprachige Ortstafeln neuerlich zum Streitthema. Der findige Slowenenfunktionär RA Rudi Vouk erreichte über den Umweg von Selbstanzeigen wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen, nach Ausschöpfung des Rechtsweges, daß sich der Verfassungsgerichtshof (VfGH) mit dem Ortstafelthema befas-

Ab 2000 machte der „Rat der Kärntner Slowenen“ die Ortstafeln neuerlich zum Streitthema.

ste. Im sogenannten „Ortstafelerkenntnis“ vom 13. Dezember 2001 hob der VfGH die Bestimmung des Volksgruppengesetzes mit einem 25 % Mindestanteil an Slowenischsprachigen für die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln als verfassungswidrig auf und erklärte in der Begründung, daß hierfür mehr als 10 % ausreichen würden.

Es kam sodann neuerlich zu jahrelangen Parteiengesprächen auf Bundes- und Landesebene.

Als sich auch noch Anfang 2005 nach mehreren ergebnislosen „Konsens-

konferenzen“ keine Lösung abzeichnete, kam der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schäussel nach Rücksprache mit Landeshauptmann Jörg Haider auf die Idee, die Heimat- und die Slowenenverbände unter der Gesprächsführung von Univ.-Prof. Stefan Karner mit einer Lösungsfindung im Vorfeld der Politik zu beauftragen.

Der Beginn war nicht erfolgversprechend: Der slowenische „Rat“ lehnte es kategorisch ab, sich mit dem

KHD an einen Tisch zusammensetzen, und der Kärntner Abwehrkämpferbund (KAB) schied sehr bald aus, um sodann von außen gegen eine Konsenslösung zu opponieren.

Bernard Sadovnik, Stefan Karner, Marjan Sturm und Josef Feldner einigten sich im April 2005 auf einen Ortstafelkompromiß.

Neben dem Gesprächsleiter Stefan Karner sind somit als Gesprächspartner die alten Kontrahenten KHD-Obmann Josef Feldner, der Obmann des „Zentralverbandes slowenischer Organisationen“,

Zweisprachige Ortstafeln versöhnen Slowenen

Konsensbemühungen auch von slowenischer Seite

VON DR. MARJAN STURM

Im Jahre 1955 wurde der Österreichische Staatsvertrag unterzeichnet, der auch die Rechte der slowenischen und kroatischen Volksgruppe regelt. In vielen Bereichen wurden die Bestimmungen dieses Staatsvertrages eher schnell umgesetzt, nur in einer Frage, in der Frage der zweisprachigen topographischen Aufschriften konnte und konnte keine Lösung gefunden werden. Kreiskys Versuch mit 205 zweisprachigen Ortstafeln im Jahre 1972 scheiterte und der im gleichen Jahr stattgefundenen Ortstafelsturm in Kärnten, bei dem die aufgestellten Aufschriften von Teilen der Bevölkerung einfach gewaltsam abmontiert wurden, ließ die Politik vor einer großzügigen Lösung dieser Frage zurückschrecken. Erst im Jahre 1977 wurde ein erneuter Versuch mit 92 zwei-

sprachigen Ortstafeln gestartet. Diese Lösung wurde weder von der slowenischen Volksgruppe noch von Rechtswissenschaftlern als im Sinne des Artikel 7 des Staatsvertrages angesehen. Zumindest aber blieben diese Ortstafeln mehrheitlich stehen.

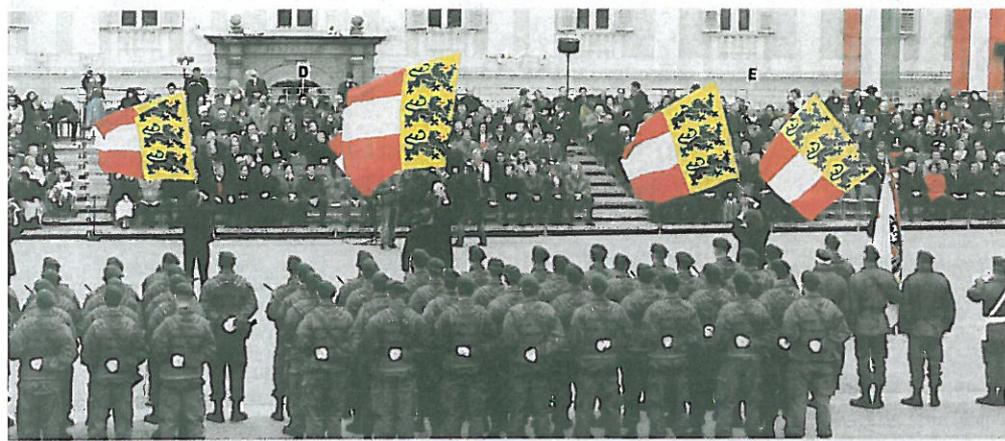
Eine erneute Lösungsmöglichkeit bot das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes aus dem Jahre 2001, mit dem die 25 Prozent an Minderheitenangehörigen als Voraussetzung für die Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln aufgehoben wurden. Es folgte nun eine lange und kontroverielle Diskussion über die Umsetzung dieses Erkenntnisses. Zentraler Streitpunkt waren folgende Fragen: die vom VfGH angewendete 10 Prozent an Volksgruppenangehörigen als Bedingung



Dr. Marjan Sturm

für die Aufstellung zweisprachiger Aufschriften; die von diversen Parteien und Heimatsorganisationen geforderte Feststellung der Minderheitenangehörigen d.h. eine sogenannte Minderheitenfeststellung als Voraussetzung für die Umsetzung des VfGH-Erkenntnisses.

Im Zuge dieser Diskussionen ergab sich zum ersten Mal eine Innovation bezüglich des Diskurses in Kärnten: die Obmänner ehemals verfeindeter Organisationen – Dr. Feldner vom Kärntner Heimatdienst, der Verfasser als Obmann des Zentralverbandes slowenischer Organisationen und B. Sadovnik als Obmann der Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Slowenen – begannen im Auftrag von Bundeskanzler Dr. W. Schäussel und Landeshauptmann Dr. Haider an einer Lösung dieser Frage zu arbeiten. Im Jahre 2005 präsentierte diese Gruppe – nunmehr Konsensgruppe genannt – einen Lösungsvorschlag mit 158 zweisprachigen Ortstafeln auf Verordnungsebene sowie einer Öffnungsklau-



de des Volksgruppenstreits?

vor einer für beide Seiten akzeptablen Lösung – der Obmann
sche Entwicklung der Ortstafelfrage

Marjan Sturm, und der Obmann der „Gemeinschaft der Kärntner Slowenen und Sloweninnen“, Bernard Sadovnik, verblieben. Später kam auch noch der Sprecher der „Plattform Kärnten“, Heinz Stritzl, dazu.

Nach langwierigen Gesprächen kam es nach nur drei Monaten zur sensationellen Einigung auf einen „später als „Karner-Papier“ bezeichneten Kompromißvorschlag, mit zusätzlich 67 neu aufzustellenden Ortstafeln, mit Stufenplan und der Verpflichtung zur Vertrauensbildung. Das allgemein als „historisch“ gewürdigte „Karner-Papier“ bildet auch für die nunmehrige Lösung die Grundlage.

Dieser Erfolg war nur möglich, weil ehemals scharfe Kontrahenten gleichermaßen vom Wunsch der Versöhnung und Verständigung, bei gegenseitiger Rücksichtnahme, beseelt waren, weil sie bereit waren, von ihren ursprünglichen Forderungen und Vorstellungen starke Abstriche zu machen, und nicht zuletzt weil Parteipolitik und ideologische Unterschiede bei der Lösungsfindung keine Rolle spielten.

Im Juli 2007 scheiterte der von der SPÖ auf Bundesebene erarbeitete „Gusenbauer-Vorschlag“ am Widerstand von Jörg Haider's BZÖ, was wiederum die ÖVP veranlaßte, auch ihrerseits dem Entwurf die Zustimmung zu versagen.

Daraufhin herrschte bis Mitte 2010 neuerlich weitgehender Stillstand im Lösungsfindungsprozess.

Bis zum Juli 2006 zählte LH Jörg Haider zu den großen Befürwortern des vom KHD mitgestalteten Ortstafelkompromisses, verurteilte alle, die diesen ab-

Stimmung gegenüber dem KHD kippte ins Gegenteil. Dem KHD und insbesondere dem Verfasser dieses Textes als Obmann wurden vom Kärntner BZÖ (seit Dezember 2009: FPK) „Verrat“ an den Landesinteressen vorgeworfen.

Der von LH Dörfler statt des Heimatdienstes zu den Ortstafelverhandlungen beigezogene Abwehrkämpferbund war – obwohl diesbüßlich von Anfang an chancenlos – nur bemüht, möglichst keine weitere zweisprachige Ortstafel zuzulassen, statt sinnvollerweise Bundesförderungen für Deutschkärntner Vereine im Grenzland zu verlangen, wie das der KHD stets verlangt hat. Der zusätzlich zum KAB beauftragte „Chefverhandler“ für die „Heimatverbände“, „Ulrichsberg“-Funktionär Rudolf Gallob, war als Interessensvertreter der Deutschkärntner eine glatte Fehlbesetzung.

Bei den letzten Verhandlungsrunden wurden von Staatssekretär Josef Ostermayer und Landeshauptmann Gerhard Dörfler nur mehr die Slowenenvertreter

Aus Deutschkärntner Sicht kann die Lösung keineswegs als optimal bezeichnet werden.

lehnten und wollte den Heimatdienst als Dank für den Kompromiß sogar „zu einem gemeinsamen Fest“ einladen.

Das änderte sich schlagartig nach Scheitern des Schlüssel-Haider-Vorschlags zur Lösung der Ortstafelfrage. Haider trat nun plötzllich gegen jegliche Erweiterung der bestehenden Ortstafelregelung auf. Die ursprüngliche Pro-

beigezogen, die dann auch gemeinsam das Memorandum vom 26. April 2011 mit 73 zusätzlichen zweisprachigen Ortstafeln und zahlreichen weiteren Zugeständnissen an die slowenische Volksgruppe unterzeichneten.

Auf der Strecke blieben Deutschkärntner Interessen. Das stellte der KHD-Vorstand in einer Resolution bedauernd fest und beharrte auf der Forderung nach Bundesförderung auch für jene deutschkärntner Vereine, die zur interkulturellen Zusammenarbeit bereit sind.

Damit könnte nicht nur ein Anreiz zur Intensivierung des Dialogs mit den Volksgruppen geschaffen, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Festigung der natürlichen Entwicklung auch des deutschkärntner Kulturlebens im gemischtsprachigen Südkärnten geleistet werden.

Aus deutschkärntner Sicht kann somit die nunmehrige Ortstafellösung keineswegs als optimal bezeichnet werden.

Neben zahlreichen Informationsveranstaltungen in Südkärnten, gemeinsamem Gedenken an die NS-Opfer einerseits und an Partisanenopfer andererseits, wirkte die Kärntner Konsensgruppe auch an gemeinsamen Kulturveranstaltungen in Slowenien zur öffentlichen Wahrnehmung der deutschen Volksgruppe in Slowenien mit.

Mit der trotz aller Mängel längst fällig gewordenen Ortstafellösung sind jedoch die Bemühungen um ein friedliches Miteinander im Kärntner Grenzland noch keineswegs abgeschlossen. Fast 50.000 NEIN-Stimmen bei einer unnotwendig gewordenen „Ortstafelbefragung“ beweisen, daß es nach wie vor Mißtrauen und Aversionen zwischen der deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung und der slowenischen Minderheit gibt.

Hier kommt auf die Kärntner Konsensgruppe und somit auch auf den KHD noch viel Arbeit zu.

Gelingt es dem Heimatdienst, innerhalb und auch außerhalb der Konsensgruppe ein „Klima des gegenseitigen Vertrauens“ zu schaffen, ohne dabei seine Aufgabe als parteiunabhängige Interessensvertretung der Deutschkärntner zu vernachlässigen, dann könnte damit der Grundstein für eine endgültige Bereinigung des Kärntner Volksgruppenstreits gesetzt sein.

sel, die unter gewissen Voraussetzungen weitere zweisprachige Ortstafeln bringen könnte. Dieser Vorschlag wurde dann verworfen, aber alle weiteren Lösungsansätze orientierten sich an diesem – nach dem Moderator, Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner genannten – Karner-Papier. Sei es nun der Vorschlag von Bundeskanzler Dr. Gusenbauer mit 164 zweisprachigen Ortstafeln aus dem Jahre 2006 oder eben der nunmehr von Staatssekretär Dr. Ostermayer, Landeshauptmann Dörfler und den drei Obmännern der slowenischen Zentralorganisationen vorgelegten Modell von ebenfalls 164 zweisprachigen Ortstafeln.

Wie kann nun dieses Modell bewertet werden? Würde man bei der Lösung von der vom Vigh angewandten 10 Prozent Klausel ausgehen, müßten 273 Orte in Südkärnten eine zweisprachige Ortstafel bekommen. Wenn man davon ca. 40 Orte abzieht, die eine Bevölkerungszahl unter 30 Personen haben und daher von der Statistik Austria sprachpolitisch nicht ausgewertet wurden, kämen wir auf eine Zahl von 220 bis 230 zweisprachiger Ortstafeln. In Anbetracht der Tatsache, daß im Rahmen der Gemeindeautonomie Gemeinden



Demonstration von Kärntner Slowenen

in ihrem Wirkungsbereich selbstständig weitere zweisprachige Ortstafeln aufstellen können, könnte es unter Umständen bei einer Verbesserung des politischen Klimas im Landes zu weiteren zweisprachigen Aufschriften kommen. Ob das realistisch ist, kann heute schwer prognostiziert werden.

Wichtig aber ist etwas anderes: es war notwendig, daß sich alle Parteien bewegt haben: die FPK LH Dörflers rück-

te von der Forderung nach einer Minderheitenfeststellung als Voraussetzung für die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln ab, die slowenischen Organisationen rückten von der Position „alles oder nichts“ ab und haben bei 164 zweisprachigen Ortstafeln ziemliche Zugeständnisse gemacht. Irgendwie ist mit dieser Lösung endgültig der Zweite Weltkrieg in Kärnten zu Ende. Die eine Seite sah nämlich den Staatsvertrag und damit dem Artikel 7 als von den Siegern aufgezwungen an und organisierte den Widerstand dagegen an der symbolischen Ortstafelfrage und die andere Seite sah diesen Staatsvertrag und damit auch den Artikel 7 als Resultat des antifaschistischen Widerstandes und damit als antifaschistischen Auftrag an.

Mit der jetzigen Lösung konnte diese Spaltung überwunden werden. 164 zweisprachige Ortstafeln sind nun zweisprachige Ortstafeln aller Kärntnerinnen und Kärntner. Alle haben dazu Ja gesagt. Jetzt wird es darum gehen, diesen Geist der Kooperation und Zusammenarbeit zu vertiefen und zum Wohle des Landes Kärnten und seiner Einwohner nutzbar zu machen.